

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Anna Lührmann, Anja Hajduk, Alexander Bonde, Kerstin Andreae, Cornelia Behm, Birgitt Bender, Dr. Thea Dückert, Hans-Josef Fell, Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Brigitte Pothmer, Christine Scheel, Dr. Gerhard Schick, Rainer Steenblock und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6423 –**

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für  
das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

**hier: Einzelplan 16**

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und  
Reaktorsicherheit**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Klimawandel ist die größte ökologische und ökonomische Herausforderung unserer Zeit: Der Handlungsdruck ist enorm. Der Weltklimarat hat dies Mitte November noch einmal bestätigt. Er zeigt ungeschminkt, vor welcher Bedrohung die Welt durch den Klimawandel steht. Die Erde wird sich um bis zu sechs Grad erwärmen, wenn die Menschheit nicht umsteuert. Mit geeigneten Instrumenten kann es gelingen, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 um mindestens die Hälfte gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren.

Auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat die EU-Ratspräsidentschaft und ihre Kabinettklausur in Meseberg unter dieses Motto gestellt. Doch leider bedeuten die vielen Lippenbekenntnisse der Bundeskanzlerin nicht, dass sich wirklich etwas konkret in die richtige Richtung ändert. Denn trotz vollmundiger Ankündigungen in Meseberg haben die Koalitionsfraktionen keine zusätzlichen Mittel für Klimaschutz in den Haushaltsberatungen bereitgestellt. Im Gegenteil, in der Bereinigungssitzung wurden 75 Prozent des 400-Mio.-Euro-Klimaschutzprogramms bis auf Weiteres gesperrt. Damit ist klar, dass die Klimaschutzpolitik der Regierung viel heiße Luft statt konkreter Taten bedeutet.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat in den Haushaltsberatungen gezeigt, wie substanzieller Klimaschutz konkret aussehen kann. Dafür braucht es einen Klimaschutzhaushalt mit 2,9 Mrd. Euro Mehrausgaben, der durch die Er-

löse des Emissionshandels und Kürzungen bei umweltschädlichen Subventionen in Höhe von 5,3 Mrd. Euro mehr als gegenfinanziert ist. In sieben Bereichen Stromsparfonds, ökologische Beschaffung, Forschung für Klimaschutz, klimafreundliche Mobilität und Wohnen, ökologische Landwirtschaft, klimafreundliche Energie und internationale Zusammenarbeit wird Klimaschutz im Haushalt deutlich stärker verankert. Der Grüne Klimaschutzhaushalt kann mindestens 33,5 Mio. Tonnen mehr CO<sub>2</sub> als die Bundesregierung einsparen. Das entspricht dem jährlichen Ausstoß von mindestens fünf Kohlekraftwerken. In den Jahren bis 2011 (Finanzplanungszeitraum) werden mindestens 11,6 Mrd. Euro mehr verausgabt, ökologisch schädliche Subventionen von insgesamt 27,9 Mrd. Euro abgebaut und ein Finanzvolumen von rund 39,5 Mrd. Euro umgeschichtet.

Ausgaben	2008	2009	2010	2011	Ziel: CO <sub>2</sub> -Einsparungen 2011
	Euro in Mio.	Euro in Mio.	Euro in Mio.	Euro in Mio.	in Mio. t
Stromsparfonds	1 000	1 000	1 000	1 000	17,0
Ökologische Beschaffung	110	105	10	20	0,5
Klima – Forschungsoffensive	263	250	250	250	nicht quantifizierbar
Mobilität und Wohnen – klimafreundlich	860	900	500	700	7,5
Klimafreundliche Energie- erzeugung und -verbreitung	249	300	350	400	5
Ökologische Landwirtschaft	206	325	325	325	1
Internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz	223	225	225	225	nicht quantifizierbar
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>2 911</b>	<b>3 105</b>	<b>2 660</b>	<b>2 920</b>	<b>31</b>

Einnahmen/Einsparungen	2008	2009	2010	2011	CO <sub>2</sub>
	Euro in Mio.	Euro in Mio.	Euro in Mio.	Euro in Mio.	in Mio. t
Abbau der Ausnahmen der Ökosteuer	1 689	3 244	4 714	4 714	nicht quantifizierbar
Absenkung der Zuschüsse für die Steinkohle	711	200	200	200	nicht quantifizierbar
Abbau der Begünstigungen des Luftverkehrs	895	895	895	895	2,5
Emissionshandel	900	900	900	900	nicht quantifizierbar
Mauteinnahmen	1 055	1 250	1 250	1 500	siehe Mobilität
<b>Summe Einnahmen/Einsparungen</b>	<b>5 250</b>	<b>6 489</b>	<b>7 959</b>	<b>8 209</b>	<b>2,5</b>

<b>Summe Einnahmen – Ausgaben</b>	<b>2 339</b>	<b>3 609</b>	<b>5 299</b>	<b>5 289</b>	<b>33,5</b>
---------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------

## II. Der Deutsche Bundestag beschließt:

## Der grüne Stromsparfonds

Es wird ein Stromsparfonds von jährlich 1 Mrd. Euro und insgesamt 4 Mrd. Euro aufgelegt, mit dem in Stromeinsparung und Energieeffizienz investiert wird. Der Fonds soll u. a. aus den Erlösen künftiger Auktionen beim Emissionshandel finanziert werden. Mit ihm werden diverse Aktivitäten zur Stromeinsparung finanziert: z. B. Energieprämien für den Kauf von Bestgeräten (z. B. Kühl- und Gefriergeräte, Waschmaschinen), der Ersatz von „stromfressenden“ Nachtspeicherheizungen oder die Kampagne „grünes Licht“ für Energiesparlampen. Richtig ausgestattet kann er zu Einsparungen von 32 TWh bzw. 17 Mio. t CO<sub>2</sub> führen.

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungsentwurf 2008 in T€	Veränderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
16	02	00	68323	Stromsparfonds	0	1 000 000	1 000 000
				<b>Summe</b>	<b>1 000 000</b>		

## Ökoeffiziente öffentliche Beschaffung durchsetzen

Staatliche Stellen üben in Deutschland eine erhebliche Marktmacht aus. Jedes Jahr gibt der Bund etwa 60 Mrd. Euro für die Beschaffung von Fahrzeugen, Energie, Kantinenverpflegung, Bauleistungen, Informations- und Kommunikationstechnologien usw. aus. Diese Kaufkraft soll auf umweltgerechte Waren und Dienstleistungen ausgerichtet werden. Damit werden nicht mehr nur wirtschaftliche Aspekte eine Vergabeentscheidung beeinflussen – das Leitbild des nachhaltigen Konsums wird ebenfalls zum Kriterium.

- Dem Deutschen Bundestag ist eine für alle Ministerien und nachgeordneten Verwaltungseinheiten verbindliche Richtlinie zur Beschlussfassung vorzulegen, welche die öffentliche Beschaffung auf ökologische Nachhaltigkeitskriterien festlegt und eine stärkere Berücksichtigung der Lebenszykluskosten von Produkten vorschreibt. Durch die systematische Betrachtung der Kosten, die ein Produkt von der Anschaffung über die Nutzung zu einer Entsorgung verursachte, können deutliche Einsparungen realisiert und die Umwelt geschont werden.
- Bei Neuanschaffungen von Dienstwagen für den Deutschen Bundestag und die Ministerien und Bundesbehörden ist im Mittel ein Wert von 140 g CO<sub>2</sub>/km einzuhalten, ab 2012 von 120 g CO<sub>2</sub>/km. Allein beim Deutschen Bundestag würde dies zu Minderausgaben in Höhe von 110 000 Euro führen (Einzelplan 02, Kapitel 01, Titel 514 01 und 518 01)
- Die nachhaltige Gebäudesanierung von Bundesbauten wird intensiviert. Es werden zusätzliche 110 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. (Einzelplan 12, Kapitel 27, Titelgruppe 01, Titel 720 11)

## Ökologisch schädliche Subventionen abbauen

Die Listen der größten Steuervergünstigungen und Finanzhilfen werden noch immer von ökologisch schädlichen Ausgaben angeführt. So subventioniert der Staat den Absatz von Steinkohle, begünstigt Unternehmen bei der Stromsteuer, befreit Mineralölhersteller von Steuern und erlässt bei grenzüberschreitenden Flügen die Mehrwertsteuer. Wer es ernst meint mit Klimaschutz, muss hier umsteuern.

Steuerausnahmen und Abgabenbefreiung darf es für umweltschädliches Verhalten nicht mehr geben – die Preise müssen ökologisch gerecht die externen

Effekte des Wirtschaftens abbilden. Deshalb wird die ökologische Finanzreform fortgeführt und eine Vielzahl ökologisch kontraproduktiver Subventionen abgeschafft. Sie sind nicht nur ökologisch schädlich, sondern auch fiskalisch falsch, ökonomisch fragwürdig und wettbewerbsverzerrend. Für eine nachhaltige Umwelt- und Haushaltspolitik ist der Abbau umweltschädlicher Subventionen auf allen Ebenen unverzichtbar. Steuerliche Vorteile der Atomwirtschaft müssen überprüft werden.

	<b>Abzubauenende Steuervergünstigungen und Finanzhilfen</b>	<b>2008</b> Mio. €	<b>2009</b> Mio. €	<b>2010</b> Mio. €	<b>2011</b> Mio. €
<b>Abbau der Ausnahmen von der Ökosteuer</b>	Abbau der Steuerbegünstigung des Stroms, der von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft für betriebliche Zwecke entnommen wird (§ 9 Abs. 3 StromStG)	615	1 230	1 850	1 850
	Abbau der Steuerbegünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, die durch die Stromsteuer erheblich belastet sind (§ 10 StromStG)	570	1 140	1 700	1 700
	Abbau der Vergünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, der Land- und Forstwirtschaft und für Stromversorger (alt: § 25 MinöStG – neu: § 54 EnergieStG)	110	220	330	330
	Abbau der Steuerbefreiung der bei der Mineralölherstellung zur Aufrechterhaltung des Betriebs verwendeten Mineralöle (alt: § 4 MinöStG – neu: § 44 EnergieStG)	130	260	400	400
	Abbau der Steuerbegünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, die durch die Erhöhung der Steuersätze erheblich belastet sind (alt: § 25a MinöStG – neu: § 55 EnergieStG)	65	130	170	170
	Abbau der Steuerbegünstigung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Agrardiesel) (alt: § 25b MinöStG – neu: § 57 EnergieStG)	135	135	135	135
	Abbau der Steuerbefreiung von Schweröl als Betriebsstoff für die gewerbliche Binnenschifffahrt (§ 27 Abs. 1 EnergieStG)	64	129	129	129
<b>Absenkung der Zuschüsse für die Steinkohle</b>	Beschleunigtes Auslaufen der Steinkohlesubventionen (Ausstieg 2012)	Zwischen 2015 und 2018 ca. 8 Mrd. Euro			
	Absenkung der Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle auf Grund deutlich gestiegener Weltmarktpreise	232	ca. 200	ca. 200	ca. 200
	Einmalerlöse durch Korrektur der Zuwendungsbescheide 2005 und 2006	479	0	0	0
<b>Abbau der Begünstigungen des Luftverkehrs</b>	Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Flüge	500	500	500	500
	Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung für Luftfahrtbetriebsstoffe (alt: § 4 Abs. 1 Nr. 3 MinöStG – neu: § 27 Abs. 2 EnergieStG)	395	395	395	395

	<b>Abzubauenende Steuervergünstigungen und Finanzhilfen</b>	<b>2008</b> Mio. €	<b>2009</b> Mio. €	<b>2010</b> Mio. €	<b>2011</b> Mio. €
<b>Steuern und Abgaben</b>	Steuerliche Besserstellung für Strom aus erneuerbaren Energien und steuerliche Schlechterstellung der anderen Stromformen	Finanzneutral			
<b>Emissionshandel</b>	10 % Versteigerung der Zertifikate	900	900	900	900
	<b>Summe</b>	<b>4 195</b>	<b>5 239</b>	<b>6 709</b>	<b>6 709</b>

## Forschungsinitiative Klimaschutz

Zukunftsfähige Klimaschutzpolitik setzt Anreize für mehr Forschung vor allem im Bereich der nachhaltigen Energieerzeugung, -effizienz und -nutzung, aber auch im Bereich Mobilität. Denn mit der Hilfe von neuen Technologien kann es gelingen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß substanziell zu senken.

<b>Einzelplan</b>	<b>Kapitel</b>	<b>Titelgruppe</b>	<b>Titel</b>	<b>Zweckbestimmung</b>	<b>Betrag Regierungs- Entwurf 2008 in T€</b>	<b>Veränderung in T€</b>	<b>Ziel HH 2008 in T€</b>
12	02	06	89162	Modellvorhaben und Demonstrationsprojekte im Bereich nationales Forschungsprogramm Hybrid- und Elektromotoren	0	60 000	60 000
12	02	06	53161	Studien, Untersuchungen, Gutachten sowie Projektplanung	4 000	10 000	14 000
12	02	06	68362	Zuwendungen im Rahmen des nationalen Forschungsprogramms Hybridantriebe und Elektromotoren	0	30 000	30 000
16	02	00	54401	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	20 831	4 169	25 000
16	02	00	89201	Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen	10 351	4 649	15 000
16	02	01	54411	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	6 250	3 750	10 000
16	02	02	68321	Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Erneuerbare Energien	53 366	16 634	70 000
16	02	02	68322	Forschung und Entwicklung von angepassten Erneuerbare-Energien-Technologien für Entwicklungs- und Schwellenländer	0	15 000	15 000

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungsentwurf 2008 in T€	Veränderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
16	02	02	89221	Investitionszuschüsse: Erneuerbare Energien	40 000	10 000	50 000
30	02	40	68542	Nachhaltige Energietechnologien und effiziente Energienutzung – Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	0	50 000	50 000
30	40	40	68540	Klimaforschung und Lebensraum Erde – Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	106 300	58 488	164 788
<b>Summe</b>					<b>262 690</b>		

#### Klimafreundliche Mobilität und nachhaltig wohnen

Der Verkehrsbereich ist der bisher vernachlässigte Sektor der Emissionsminderung. Kein anderer Sektor ist so abhängig vom Öl. Durch Verkehrsverlagerung, Verkehrsvermeidung und dem Einsatz neuer Technologien und erneuerbarer Energien können große Fortschritte erzielt werden.

Ausgangspunkt für Verkehrsverlagerung ist eine Erhöhung der Maut und die Ausweitung der Maut-Pflicht auf alle LKWs über 3,5 t auf allen fernverkehrsrelevanten Straßen. Die zusätzlichen Erlöse von 1,055 Mrd. Euro werden für mehr Investitionen in anderen Verkehrsbereichen genutzt. In den Schienenverkehr werden 500 Mio. Euro zusätzlich investiert, die speziell im Bereich Güterverkehr für den Hafenhinterlandverkehr, für den Ausbau von Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs sowie der Errichtung bzw. der Reaktivierung von Gleisanschlüssen benötigt werden. Der Bau von Radwegen sowie die Förderung des Rad- und Fußverkehrs wird mit 34,05 Mio. Euro verstärkt.

Jede Stunde werden 10 000 Quadratmeter asphaltiert und neuer Verkehr induziert, während sich die Bundesfernstraßen teilweise in einem schlechten Zustand befinden. Deshalb werden die Investitionsmittel für neue Bundesfernstraßen gesenkt, während im Gegenzug die Erhaltung der Bundesfernstraßen mit 580 Mio. Euro verstärkt werden. Die Schaffung eines europaweiten technischen Standards für eine City-Maut soll es Städten ermöglichen, diese unkompliziert einzuführen und damit ebenfalls zur Verkehrsvermeidung beizutragen.

Mit Hilfe neuer Technologien und erneuerbarer Energien wird der Straßenverkehr den Anforderungen des Klimawandels bestehen. Forschungsprogramme für Hybridantriebe und Elektromotoren, Förderprogramme für Hybridantriebe bei Bussen und Schienenfahrzeugen auf nicht elektrifizierten Strecken sowie ein Marktanreizprogramm für Hybridantriebe und Elektromotoren beim Individualverkehr in Höhe von 155 Mio. Euro werden Technologiefortschritte und Marktdurchdringung voranbringen. Der Wettbewerb „Die 100 Städte mit klimaneutralem ÖPNV“ schaffen Anreize für Kommunen zusätzliche Anreize beim öffentlichen Nahverkehr zu unternehmen.

Ungefähr ein Drittel der Gesamtenergie wird in Gebäuden verbraucht. Dadurch werden 20 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht. Über 120 Mio. Tonnen Kohlendioxid entstanden im vergangenen Jahr allein dadurch, dass die meisten Wohnhäuser im Land schlecht isoliert sind und die möglichen passiven Solargewinne nicht nutzen. Die bisher ergriffenen Maßnahmen müssen unterstützt wer-

den. Vor allem die Forschung nach neuen günstigen, ökologischen Baustoffen muss intensiviert werden, die Entwicklung neuer Haus- und Heiztechnik muss vorangetrieben werden. Hierfür werden 25 Mio. Euro bereitgestellt. Die Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (Die soziale Stadt) wird um 49,2 Mio. Euro aufgestockt um das Wohnumfeld zu verbessern und unnötigen Verkehr zu verhindern.

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungsentwurf 2008 in T€	Veränderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
12	02	00	63201	Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplanes (NRVP) – Zuschüsse an Länder	990	4 010	5 000
12	02	00	68601	Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) – Zuschüsse an Gesellschaften des privaten Rechts	2 000	5 500	7 500
12	02	00	68610	Konzept „Einführung der bundesweit gültigen ÖPNV-Karte“	0	5 000	5 000
12	02	00	68611	Machbarkeitsstudie „Schaffung eines kostenlosen, technischen, europäischen Standards zum Betrieb einer City-Maut“	0	5 000	5 000
12	02	04	89241	Baukostenzuschüsse an private Unternehmen für Investitionen zur Förderung von Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs	52 024	97 976	150 000
12	02	04	89242	Investitionszuschüsse an private Unternehmen zur Errichtung, Ausbau und Reaktivierung von Gleisanschlüssen	32 000	8 000	40 000
12	02	05	53251	Ausgaben für den Einzug der streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren für LKW durch Private	702 000	98 000	800 000
12	02	05	68452	Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Programms zur Förderung von nachhaltigen Antrieben im LKW-Verkehr	0	25 000	25 000

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungsentwurf 2008 in T€	Veränderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
12	02	05	89151	Zuschüsse für Investitionen in den Neu- und Ausbau der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	984 372	–684 372	300 000
12	02	05	89152	Zuschüsse für Bestands- und Ersatzinvestitionen in Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	0	1 150 000	1 150 000
12	02	06	68371	Förderung von Hybridtechnik bei Bussen und Schienenfahrzeugen auf nicht elektrifizierten Strecken	0	25 000	25 000
12	02	08	68302	Zuwendungen im Rahmen der Umsetzung des nationalen Programms für eine fußgängerfreundliche Stadt	0	7 500	7 500
12	02	08	68501	Zuschüsse an die Stiftung „FahrRad“	0	15 000	15 000
12	02	08	78401	Förderung der Umsetzung der Maßnahmen des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP)	0	2 500	2 500
12	02	06	68661	Marktanreizprogramm für alternative Antriebe (Hybrid, Plug-In-Hybrid)	0	50 000	50 000
12	02	00	63203	Wettbewerb: „100 Städte mit klimaneutralem ÖPNV“	0	50 000	50 000
12	10	01	74622	Bau von Radwegen einschließlich Erhaltung (Bundesstraßen)	80 000	40 000	120 000
12	22	00	89101	Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	2 118 782	–1 718 782	400 000
12	22	00	86102	Darlehen für Investitionen in den Neu- und Ausbau der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	0	500 000	500 000



Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungsentwurf 2008 in T€	Veränderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
12	22	00	89103	Baukostenzuschüsse für Bestands- und Ersatzinvestitionen in Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	0	1 000 000	1 000 000
12	22	00	89201	Baukostenzuschüsse für Bestands- und Ersatzinvestitionen in nichtbundeseigene Schienenwege	0	100 000	100 000
12	25	01	88214	Zuweisungen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (Die soziale Stadt)	90 757	49 243	140 000
12	25	00	68361	Zuwendungen im Rahmen der Umsetzung des nationalen Innovationsprogramms „Nachhaltig Wohnen“	0	25 000	25 000
				<b>Summe</b>	<b>859 575</b>		

#### Klimafreundliche Energieerzeugung und -verbreitung

In den nächsten Jahren werden altersbedingt und durch den Atomausstieg viele Kraftwerke abgeschaltet. Für den Klimaschutz und die Volkswirtschaft ist es notwendig, die abgeschalteten Kraftwerke durch erneuerbare Energien zu ersetzen und Strom intelligenter zu nutzen bzw. einzusparen. Das Marktanreizprogramm stellt das einzige Förderinstrument der Bundesregierung zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich dar. Dem Marktanreizprogramm muss als kräftiges Innovationsprogramm die Rolle zukommen, Technologien der nächsten Generation zur Marktreife zu führen. Es darf nicht allein auf den Wärmebereich beschränkt bleiben, sondern muss auch für erneuerbare Ansätze aus dem Bereich Stromerzeugung und Verkehr offen sein. Deshalb wollen wir u. a. das Marktanreizprogramm zu einem Markteinführungsprogramm umgestalten und es jährlich um mehr als 200 Mio. Euro aufstocken.

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungsentwurf 2008 in T€	Veränderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
09	02	05	68635	Unterstützung des Exportes in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz	15 500	3 000	18 500
16	02	02	68624	Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien	168 833	231 167	400 000

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungsentwurf 2008 in T€	Veränderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
16	02	00	89201	Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen	10 351	4 649	15 000
16	02	02	89221	Investitionszuschüsse: Erneuerbare Energien	40 000	10 000	50 000
				<b>Summe</b>	<b>248 816</b>		

#### Ökologisierung der Landwirtschaft

Weltweit betrachtet ist die Landwirtschaft einer der Hauptverursacher für Treibhausgas-Emissionen. Vor allem bei Lachgas und Methan, zwei Gasen mit einem wesentlich höheren Treibhausgaspotential als CO<sub>2</sub>, gehört die Landwirtschaft zu den Hauptemittenten. Allerdings spielt die Landwirtschaft nicht nur als Emittent eine Rolle beim Klimawandel, sondern hat auch ein riesiges Potential CO<sub>2</sub> der Atmosphäre zu entziehen. Dieses Potential wollen wir uns zu Nutze machen und fordern ein klimapolitisches Umdenken in der Agrarpolitik. Der Klimaschutz muss ein zentrales Element besonders der deutschen, der europäischen, aber auch der internationalen Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik werden. Ein Weg hierzu ist der ökologische Landbau, der, wie eine Vielzahl von Studien belegen, zwei- bis dreimal weniger Treibhauspotential verursacht als die konventionelle Landwirtschaft. National unterstützen wir durch Haushaltsanträge den ökologischen Landbau, setzen uns aber zusätzlich für eine Ausweitung ein durch die Stärkung und Weiterentwicklung der ländlichen Räume. Sie bilden eine wichtige Ressource um konsequente und umweltfreundliche Förderung der erneuerbaren Energien und der nachwachsenden Rohstoffe zu erschließen. Wir setzen dabei auf die Stärkung der II. Säule der Landwirtschaftsförderung, aus der Agrar-Umweltprogramme u. Ä. gezielt gefördert werden. Unsere Haushaltsanträge tragen dazu bei, das Naturerbe national wie international zu schützen und die nötigen Entwicklungen weiter voranzutreiben.

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungsentwurf 2008 in T€	Veränderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
10	02	00	68620	Bundesförderprogramm „Energiewende in Gewächshäusern“	0	5 000	5 000
10	02	00	68619	Zuschüsse zur Förderung des ökologischen Landbaus	10 000	6 000	16 000
10	03	01		Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	615 000	195 000	810 000
				<b>Summe</b>	<b>206 000</b>		

## Internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz

Die ärmsten Länder der Welt sind den Folgen des Klimawandels am stärksten ausgesetzt. Länder mit schwacher Staatlichkeit sind nur schwer in der Lage die notwendigen Transformations- und Adaptionenprozesse aus eigener Kraft zu leisten. Ohne Unterstützung beim Aufbau guter Regierungsführung und ohne Zugang zu umweltfreundlichem Know-how sind weitere Abkopplungen von Wohlstand, Armut und zusätzliche Sicherheitsrisiken durch zerfallende Staaten in armen Regionen dieser Welt vorprogrammiert.

Gleichzeitig ist es im globalen Interesse, dass Entwicklungs- und Schwellenländer auf ihrem wirtschaftlichen Aufholprozess nicht die gleichen Klimasünden begehen wie die Industrieländer. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht deshalb ausdrücklich dazu, 0,7 Prozent des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) zur Verfügung zu stellen.

Mit unseren Haushaltsanträgen erhöhen wir die ODA-Ausgaben beim Auswärtigen Amt (AA) und beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) um 250 Mio. Euro, die wir durch die Einführung einer ökologisch sinnvollen Flugticket-Abgabe (Ticket Tax) nach französischem Vorbild finanzieren. Mit diesen Anträgen machen wir die Unterstützung beim Klimaschutz zu einem Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungsentwurf 2008 in T€	Veränderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
16	02		89605	Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland	0	140 000	140 000
23	02		68701	Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	313.286	10 500	323 786
23	02		89603	Bilaterale Technische Zusammenarbeit	710.000	39 000	749 000
23	02		86601	Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit	1 425 163	33 000	1 458 163
				<b>Summe</b>	<b>222 500</b>		

Berlin, den 27. November 2007

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

